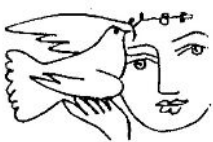




Fehleinschätzung oder Realitätsverweigerung?



- Die Illusion von der einzigen Weltmacht USA ist geplatzt
- Wie sich der Sieg der Taliban auf die Welt auswirkt
- Afghanistan jenseits von 9/11 – Wer tötete Ahmed Shad Massud?
- Desaster am Hindukusch und die Lehren aus Afghanistan
- 20 Jahre Kampf gegen Nato-Krieg in Afghanistan
- Medienanalyse: Jenseits von Konsum und Kritik



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Sept. - Okt. 2021/Nr. **5**

Fehleinschätzung oder Realitätsverweigerung?

Inhalt

Desaster am Hindukusch und die Lehren aus Afghanistan	3
Mythos 9/11	5
Afghanistan jenseits von 9/11	6
Wie sich der Sieg der Taliban auf die Welt auswirkt	8
Aus persönlichen Erklärungen im Bundestag am 25.8.2021	9
Desaster am Hindukusch und die Lehren aus Afghanistan	10
20 Jahre Kampf gegen den NATO-Krieg in Afghanistan	12
Zivile Opfer des Afghanistan-Krieges	14
Zum Tod von Willi Hoffmeister	14
Medienanalyse: Jenseits von Konsum und Kritik	15
Bildergalerie / Lyrik	16
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3.9.2021	

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Lühr Henken, Werner Ruf, Horst Trapp,
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich Extrahinweisen zu Fußnoten und
weiteren Quellen, sowie digitalem Archiv ab
2010.

ISSN 2193-9233

Liebe Leserinnen und Leser,

es kommt selten vor, dass auf erschütternde Ereignisse so eindeutig unterschiedliche Antworten gegeben werden, wie nach der schnellen und relativ unblutigen Eroberung Afghanistans durch die Taliban. Von führenden Politikern ist nun von einer Fehleinschätzung der Lage in Afghanistan die Rede. Allerdings haben zumindest die Geheimdienste und auch die NATO-Militärs vor Ort die Lage in dem 20-jährigen Krieg spätestens seit 2004 wohl überwiegend richtig eingeschätzt. Die politischen Frontkämpfer für „Westliche Werte und regelbasierte Weltordnung“ (gemäß dem Titel des letzten Friedensjournals) haben sich jedoch der Realität strikt verweigert.

Ursprünglich hatte wir für diese



Zehn Jahre Terror durch „Anti-Terror“-Krieg



- Zehn Jahre 9/11 – ein Plädoyer für Meinungsfreiheit
- Al Qaida – ein Phänomen als Kriegerorganisation
- „Der Anti-Terror-Krieg zum Kampf für Demokratie“
- Mit Anti-Terror-Sensoren gegen das Grundgesetz
- Autorenheft der Friedensbewegung zum Afghanistan-Krieg

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

September 2011/Nr. 5

Ausgabe den Arbeitstitel 20 Jahre 9/11 gewählt, anknüpfend an eine entsprechende Ausgabe vor genau 10 Jahren.

Der nunmehr vorhandene Schwerpunkt zu Afghanistan schließt das natürlich nicht aus. In unserem ersten Beitrag wird auch sehr stark auf die Rolle von 9/11 für die bereits vor diesem Ereignis vorhandenen geostrategischen Ziele der USA Bezug genommen. Zum Titel des Beitrages von Helmut Scheben „Die Illusion von der einzigen Weltmacht USA ist geplatzt“ wäre noch anzumerken: Für diejenigen, die seit Mitte der Nuller Jahre die Realität in Afghanistan und dem Irak zur

Kenntnis genommen haben und worauf in mehreren Beiträgen dieser Ausgabe Bezug genommen wird, war diese Illusion bereits damals geplatzt.

Auch im Beitrag von Sabine Schiffer zu Afghanistan wird die Vorgeschichte zu 9/11 mit einem der bis heute ungeklärten Mysterien thematisiert. Als Kommunikationswissenschaftlerin behandelt sie natürlich, wie die Realitätsverweigerung des Afghanistankrieges bereits vor 10 Jahren besondere propagandistische Anstrengungen erforderte.

Am 25. August wurde im Bundestag ein „neues“ Afghanistan-Mandat für die Bundeswehr beschlossen. Nachdem die Fraktion Die Linke (bzw. vormals die PDS) 20 Jahre lang konsequent gegen solche Einsätze gestimmt hat, gab es diesmal ein Novum mit einer vom Parteivorstand vorgegebenen Enthaltung. Wir dokumentieren dazu auf Seite 9 Auszüge von persönlichen Erklärungen aus der Fraktion.

In dem aktuellen Wahlkampfgetöse wird dieses Abstimmungsverhalten freilich völlig anders kommentiert. Nachdem zur anstehenden Bundestagswahl rein numerisch eine rot-rot-grüne Konstellation denkbar wäre, befindet sich die CDU/CSU im Panikmodus und verweist auf eben dieses Abstimmungsverhalten als Beweis dafür, dass Die Linke keine Regierungsverantwortung übernehmen könne.

Für uns als Friedensbewegung ergibt sich damit die Herausforderung, die Lehren aus dem Afghanistan-Krieg in die politische Debatte einzubringen.

Die wissenschaftliche Sicht findet sich dazu auf Seite 10 und 11 in kompakter Form. Ein gutes Beispiel für einen Beitrag „auf der Straße“ haben wir auf den Seiten 12 und 13 abgedruckt.

Sehr wichtig ist auch eine verschärfte Analyse, wie in den Medien die notwendige Debatte um die Lehren aus dem verlorenen NATO-Krieg verkürzt wird. Dazu verweisen wir auf die Buchbesprechung und letztlich unsere Bildergalerie auf der letzten Seite. Auf eine detaillierte Kommentierung haben wir dabei bewusst verzichtet.

Karl-Heinz Peil

„Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen.
Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.“
Bertha von Suttner (1843-1914)

Die Illusion von der einzigen Weltmacht USA ist geplatzt

von Helmut Scheben – Infosperber (Schweiz)

Der Polit-Talk im Westen über Afghanistan vermeidet die entscheidende Frage: Wer war schuld an diesem Krieg?

Die Szenen auf dem Flughafen von Kabul sind symbolisch. Sie symbolisieren das Zerplatzen einer Illusion: der Illusion, die USA könnten die Welt militärisch nach Gutdünken gestalten.

Die Neokonservativen hatten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Doktrin verbreitet, die einzige verbleibende imperiale Supermacht könne und müsse auf der Welt zum Rechten schauen, ohne auf Völkerrecht, geltende Verträge oder interne Opposition Rücksicht nehmen zu müssen. Das hat sich als Boomerang erwiesen. Was in Kabul in diesen Tagen abläuft, ist die unerwartete Rückkehr des Boomerangs. Er schlägt hart auf. Es sind Bilder vom Ende einer imperialen Machtausübung.

Das ist für viele schwer zu schlucken, sowohl für die politische Klasse in Washington wie für ihre Verbündeten. Nato-Generalsekretär Stoltenberg spricht von «Tragödie», die deutsche Kanzlerin von einer «bitteren Erkenntnis». Sie verkleidet die Katastrophe in Afghanistan mit der sprachlichen Schutzhülle, dass «nicht alles so geglückt ist und nicht so geschafft worden ist, wie wir es uns vorgenommen haben». Bezeichnend ist, dass sie nicht die Frage stellt, ob man sich das Falsche vorgenommen hatte und ob dieser Krieg überhaupt notwendig und zu rechtfertigen war.

In diesen Tagen ist offenbar wenig Zeit für solche nüchternen Überlegungen. Das TV-News-Business ist in Ekstase. Für die Kurzfutter-Industrie gibt es nichts Besseres als Situationen, in denen die Bilder mehr sagen als alle Worte: Panik und Verzweiflung in Kabul, Flüchtende, die sich an Transportflugzeuge klammern. Politiker von links bis rechts prangern im Brustton der Empörung schlimme Fehler an.

Da aber das unausweichliche Scheitern und die Notwendigkeit des Rückzugs eigentlich von niemandem in Frage gestellt werden kann, verbiegt man

sich beinahe akrobatisch, um mit falschen Fragen vom Kern der Sache abzulenken: War der Abzug verfrüht? Hätte man alles besser organisieren sollen? Hat Präsident Biden versagt? Kann man den Taliban trauen, wenn sie sich gemässigt geben? Wird Afghanistan jetzt erneut eine terroristische Bedrohung? Und so weiter.

Afghanistan war nie eine terroristische Bedrohung für den Westen, und die Taliban waren nicht die Urheber der 9/11-Anschläge 2001 in Manhattan. Aber darüber, dass die USA und die Nato diesen Krieg nie hinreichend rechtfertigen konnten, will offenbar niemand reden. Einen Krieg verlieren ist schlimm genug. Einen sinnlosen Krieg verlieren, ist noch schlimmer. Einen ungerechtfertigten Angriffskrieg zu beginnen ist ein Verbrechen.

Da wären eine Menge unangenehmer Fragen zu klären, und Zehntausende einbeinige, einäugige oder sonst verkrüppelte afghanische Kinder, Frauen und Männer warten auf die Antworten. Aber man diskutiert bei uns lieber über das Problem, ob in Kabul künftig Hidschab getragen werden soll, wie es in vielen Ländern muslimischer Kultur üblich ist.

Wenn eine militärische Supermacht mit all ihren Kampfjets und Drohnen, mit all ihren Hightech-Waffensystemen und ihrer scheinbar unbegrenzten Möglichkeit, Dollar für den Krieg mit Mausclick zu erzeugen, von ein paar tausend bärtigen Kalaschnikow-Paschtunen in die Flucht geschlagen wird, dann darf das in der Weltanschauung der westlichen Aufrüstungs-Experten einfach nicht wahr sein.

Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, dreht sich der politische Talk derzeit auf allen Sendern des Westens um viele Themen, nur nicht um die entscheidenden Fragen: Wer ist schuld an diesem Krieg, und war der Angriff auf Afghanistan gerechtfertigt?

Diese Fragen fürchten die Verantwortlichen wie der Teufel das Weihwasser. Denn die Antwort auf diese Fragen wäre auch grossenteils die Erklärung für das, was sich in Afghani-

stan in diesen Tagen abspielt. Wenn es keinen Grund für diesen Krieg gab, dann waren die Nato-Truppen keine Nation-Building-Demokraten und keine Befreier des afghanischen Volkes, sondern eine fremde Besatzungsmacht, die in Afghanistan nichts verloren hatte. Und wenn dies so ist, dann musste man kein Hellseher sein, um bei Kriegsbeginn vorherzusehen, wie alles enden würde.

Der Westen stützte sich auf eine **Marionetten-Republik** in Kabul und verbreitete die Erzählung, diese repräsentiere das afghanische Volk. Kaum einer wollte es sehen, deshalb trifft die spät erzwungene Erkenntnis wie ein Schlag an den Kopf: Wenn die Taliban keine breite Unterstützung von der afghanischen Bevölkerung hätten – aus welchen Gründen auch immer –, hätten sie nicht in wenigen Tagen das gesamte Land einnehmen können, fast ohne dass ein Schuss fiel.

Die geheime Öl-Diplomatie der Taliban

Barnett Rubin fand, die Taliban seien eigentlich keine Islamisten:

«Die Taliban haben keine Verbindungen zu den internationalen Radikal-Islamisten. Genaugenommen hassen sie die Islamisten.»

Das sagte der Afghanistan-Experte des «Council on Foreign Affairs», der einflussreichsten aussenpolitischen Denkfabrik der USA, im Oktober 1996, wenige Wochen nachdem die Taliban Kabul eingenommen hatten (Time, London, 14. Oktober 1996). Auch Zalmay Khalilzad von der «Rand Corporation» befand, die USA sollten den Taliban mehr Vertrauen schenken:

«Die Taliban praktizieren nicht diesen gegen die USA gerichteten Fundamentalismus wie der Iran. Die Taliban sind näher beim saudischen Modell. Sie vertreten einen Mix aus traditionellem paschtunischem Wertesystem und orthodoxer Interpretation des Islam» (Washington Post 7. Oktober 1996).

Khalilzad war nicht nur Präsidentenberater, sondern auch Berater des kalifornischen Ölkonzerns Unocal, da-

mals eines der weltweit grössten Energieunternehmen, heute Tochtergesellschaft von Chevron.

Ein Konsortium von Oelfirmen, darunter die saudische Delta Oil, plante damals den Bau von Pipelines durch Afghanistan, um das Schwarze Gold von den Ölfeldern Turkmenistans, Kasachstans und Kirgistans an die pakistanische Küste zu leiten: «two mammoth pipelines», wie Unocal-Chef Marty Miller der Washington Post sagte.

Aber dazu bedurfte es laut Miller einer stabilen und international anerkannten Regierung in Kabul. Man zählte auf die Taliban, mit denen man schon allein deshalb gern ins Geschäft kommen wollte, weil sie als radikale Sunniten den Einfluss des schiitischen Todfeindes Iran als auch den russischen Einfluss in der Region eindämmen könnten.

Doch es kommt nie zu einem Deal. Die Taliban glauben, sie hätten die besseren Karten und nehmen keine Rücksichten auf westliche Sensibilitäten. Sie setzen ein Scharia-Regime durch, das im Westen auf Ablehnung stösst. Unocal gerät ins Kreuzfeuer von Menschenrechtsgruppen, und als bekannt wird, dass der von Washington steckbrieflich gesuchte Osama Bin Laden sich zeitweise in Afghanistan aufhält, wird das Pipeline Projekt vorerst auf Eis gelegt.

Die **Regierung Clinton** verhängt zwar einerseits Sanktionen gegen Kabul, nimmt aber um die Jahrtausendwende die Verhandlungen mit den Taliban wieder auf. Offenbar in der Hoffnung, man könne die Taliban zu Reformen zwingen und so das grosse Öl-Projekt retten, welches letztlich darauf abzielte, den Russen Teile von den zentralasiatischen Ölvorkommen wegzunehmen und in der Region besser Fuss zu fassen.

Präsident George W. Bush verfährt nicht anders. Er selbst und die wichtigsten Figuren in seinem Kabinett kommen aus dem Ölgeschäft, und die Energiefirmen haben seinen Wahlkampf finanziert. Während die UNO das Regime in Kabul mit Sanktionen belegt und Frauenrechtlerinnen die Taliban anprangern, verhandelt die Bush-Regierung unverdrossen mit den radikalen Koran-Schülern um den Öl-Deal, eine Anerkennung der afghanischen Opposition und die Auslieferung

von Bin Laden. Das letzte Verhandlungstreffen findet im Juli 2001 in Berlin statt (ein offizieller Vertreter der Taliban boykottiert die Zusammenkunft wegen der Sanktionen gegen seine Regierung).

Nach Aussagen des pakistanischen Delegierten und Uno-Diplomaten Niaz Ahmed Naik drohten die Amerikaner den Taliban mit einem militärischen Angriff, falls sie keine Zugeständnisse machten. Naik gab an, die Vorbereitungen für einen Angriff von Tadschikistan und Usbekistan aus seien zu diesem Zeitpunkt bereits im Gange gewesen (Forbidden Truth, S. 42 ff). Das Treffen scheitert ergebnislos. Zwei Monate später findet der Anschlag 9/11 in Manhattan statt. Im Oktober befiehlt Präsident Bush den Angriff auf Afghanistan.

Der Hauptverdächtige wird beseitigt

Würde ein internationales Gericht den Nato-Krieg in Afghanistan untersuchen, so müsste den Ermittlern der Anklage wohl als erstes die merkwürdige Tatsache auffallen, dass Osama Bin Laden, der nach Angaben der USA Hauptverantwortlicher und Mastermind hinter den Terroranschlägen von 9/11 gewesen sein soll, aussergerichtlich hingerichtet wurde, ohne dass er sich zu den Anschuldigungen vor einer wie auch immer gearteten Instanz äussern konnte. Präsident Barak Obama liess den Mann im Mai 2011 von einer Kommando-Einheit der Navy Seals töten und seine Leiche an einem geheim gehaltenen Ort ins Arabische Meer werfen.

Damit war der Hauptverdächtige, der die Verantwortung für 20 Jahre Nato-Krieg in Afghanistan tragen sollte, zum Schweigen gebracht. Fürchtete man seine Aussagen? Osama Bin Laden war ein Ideologe, der die muslimische Welt zum Krieg gegen die USA aufrief, er hatte aber nach 9/11 wiederholt erklärt, dass er operativ mit dem Terroranschlag nichts zu tun hatte.

In seiner Rede vor dem Kongress am 20. September 2001 sagte Präsident George W. Bush, die Amerikaner fragten nun: «Wer hat unser Land angegriffen?» Die Antwort, so Bush, heisse al-Qaida und «ihr Anführer, eine Person namens Osama Bin Laden».

Dies sei ersichtlich aus den «gesammelten Beweisen.»

Es ist bis heute nicht nachvollziehbar, wie die Regierung in Washington unmittelbar nach 9/11 behaupten konnte, sie hätte Klarheit darüber, wer die Täter und ihre Auftraggeber waren. Die Kongresskommission zu 9/11 brauchte drei Jahre, um ihre Untersuchung abzuschliessen, einige ihrer Ergebnisse werden bis heute von vielen Experten in Frage gestellt. Und die Familienangehörigen der Opfer verlangen seit Jahren ergebnislos, dass die Regierung die geheimen Unterlagen freigibt, die offenbar Saudiarabien schwer belasten.

Die Taliban ihrerseits waren bereit, Osama Bin Laden vor Gericht zu stellen oder ihn auszuliefern, wenn die USA ihnen die Schuldbeweise vorlegten, die sie zu besitzen vorgaben.

All dies legt nahe, dass der Angriff auf Afghanistan eine willkürliche Entscheidung war, die unter dem Schock der Ereignisse stattfand und jedenfalls nicht auf den Gründen beruhte, die offiziell angegeben wurden. Wichtige Indizien für diese These liefert merkwürdigerweise George W. Bush selbst.

2019 legt er unter dem Titel «Decision Points» seine Memoiren vor. Erstaunlich ist die Passage, wo Bush schildert, wie am 15. September das National Security Team in Camp David zur ersten Lagebesprechung zusammenkommt.

Dort werden von CIA und Pentagon die verschiedenen Szenarien des Angriffs auf Afghanistan erörtert. Am vierten Tag nach 9/11 war dieser offensichtlich schon beschlossene Sache, obwohl noch drei Wochen lang nach aussen hin publiziert wurde, Krieg oder Frieden hänge von den Taliban ab, denen man ein Ultimatum gestellt habe.

Aufschlussreich und entlarvend ist, dass auch noch andere Angriffsziele diskutiert wurden. Verteidigungsminister **Donald Rumsfeld** und sein Vize Paul Wolfowitz schlugen vor, neben Afghanistan auch den Irak anzugreifen. Rumsfeld laut Bush wörtlich: «Dealing with Iraq would show a major commitment to antiterrorism.»

Aussenminister **Colin Powell** habe dagegen argumentiert, sofort auf den Irak loszugehen sei mit dem Risiko verbunden, dass die Uno und die Nato

nicht mitmachten. Auch Vizepräsident Dick Cheney sah den Irak als eine Gefahr, um die man sich kümmern müsse, aber es sei nicht der rechte Moment.

Daraus ist zweierlei abzuleiten. Zum einen stand der Angriff auf den Irak bereits damals auf der Agenda, obwohl keinerlei Beweise vorlagen, die den Irak mit 9/11 in Verbindung brachten. Andererseits ist aus Präsident Bushs Memoiren aber auch abzuleiten, dass es in Wirklichkeit nie darum ging, die tatsächlichen 9/11-Verantwortlichen zu finden und vor Gericht zu stellen.

Dies wäre vielleicht mit internationaler Polizeiarbeit zu erreichen gewesen, nicht aber durch Angriffskriege auf muslimische Länder. Man beschloss offenbar, einfach militärisch loszuschlagen. Gegen Afghanistan oder Irak oder noch andere Länder: Das machte offensichtlich keinen Unterschied.

In psychologischer Sichtweise müsste man von einer Ersatzhandlung reden, politisch aber war keine Irrationalität im Spiel. 9/11 war der Start-

schuss für die Umsetzung von Strategie-Papieren, die offensichtlich seit langem in den Schubladen des Pentagons lagen.

9/11 als Vorwand für geostrategische Ziele

Der ehemalige Nato-Kommandant General Wesley Clark berichtete, der damalige Staatssekretär Paul Wolfowitz habe ihm nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 gesagt, die USA könnten nun ihre militärische Macht im Nahen Osten nutzen, ohne dass die Sowjets sie aufhalten würden. Es gäbe ein Zeitfenster von zehn Jahren, um russische Klientel-Systeme im Nahen Osten zu kippen. Gemeint waren «Schurken-Staaten» wie Iran und Syrien, aber auch das nordafrikanische Libyen Gaddafis.

Die Aussenpolitik des Westens ist nach 9/11 zu einer neuen Kanonenbootpolitik mutiert, an der bislang festgehalten wurde, obwohl sie unaufhörlich scheitert. Man nennt das «Krieg

US-Soldat im Einsatz bei Kandahar, Foto: US Navy, 2011



gegen den Terror», und der geht so: Erst wird mit dem Ziel «Regime Change» ein Land bombardiert, dabei entsteht ein militärisches und soziales Chaos, aus welchem man sich am Ende in Ermangelung von einem Plan-B unter Bedauern zurückzieht.

Frei nach Clausewitz: Kopflöser Rückzug ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Beispiel Afghanistan, Beispiel Irak, Beispiel Libyen, Beispiel Syrien. Auch Somalia und Jemen gehören in diesen Kontext, und in der Sahara-Region verläuft die Entwicklung ähnlich.

Bilanz eines Jahrhundertverbrechens

von Mathias Bröckers (Buchauszug aus „Mythos 9/11“)

Nach 9/11 wollte und musste er [Edward Snowden] einfach „gegen das Böse“ kämpfen. In seiner äußerst lesenswerten Autobiographie Permanent Record (2019) schreibt er dazu:

„Was ich in meinem Leben am meisten bedaure, ist meine reflexartige, unkritische Unterstützung dieser Entscheidung. Ich nahm alle von den Medien kolportierten Behauptungen für bare Münze und betete sie herunter, als würde ich dafür bezahlt. Ich wollte ein Befreier sein. Ich wollte die Unterdrückten retten. Ich übernahm die Wahrheit, die zum Wohl des Staates konstruiert wurde, was ich in meiner Inbrunst mit dem Wohl des Landes verwechselte. [...] Am beschämendsten ist die Erkenntnis, wie leicht diese Transformation vonstatten ging und wie bereitwillig ich sie willkommen hieß.“

Erst nach seinem Aufstieg zum System-Administrator wird ihm das monströse Ausmaß der Überwachungs-, Zensur- und Kontroll-Programme bewusst, von denen jedes für sich harmlos erscheint, mit denen in Kombination aber sämtliche digitale Kommunikation jeder Person aufgezeichnet werden kann, einschließlich des Handys der deutschen Bundeskanzlerin.

Die klare und unerhörte Verfassungswidrigkeit dieser permanenten Aufzeichnung und die Vorstellung, über welches Erpressungsmaterial man damit verfügt und was eine böswillige Führung mit diesen Werkzeugen anstellen kann, machten aus dem braven und eigentlich apolitischen Patri-

oten Snowden einen der wichtigsten Whistleblower unserer Tage.

Dass er fliehen musste, dass ihm sein Land den Pass entzogen hat und er seit acht Jahren in Moskau festsitzt, weil ihm kein westliches Land Asyl gewähren will, dass die USA ihn nur in einem geheimen Spionagegericht und nicht vor einer öffentlichen Jury anklagen will, dies alles ist beschämend für jeden Staat, der Begriffe wie „Rechtsstaat“ und „Demokratie“ in der Verfassung stehen hat. Und es zeigt, wie mit Menschen umgegangen wird, die nachweisen, dass es geheime staatliche Verschwörungen gibt und Regierungen, die Verbrechen begehen.

Der zweifachen Transformation des Edward Snowden — vom unpolitischen Nerd mit libertärer Hacker-Ethik zum gehirngewaschenen, gedankenlosen „Anti-Terror“-Krieger und von dort zum zivilcouragierten Whistleblower und Kämpfer für den Rechtsstaat — liegt ein zweifacher Schrecken zu Grunde. Der erste über den monströsen Anschlag, der live im TV und danach über Wochen und Monate Angst verbreitete, und der zweite später über das, was als Reaktion auf diesen Anschlag installiert worden war: ein ebenso monströses totalitäres Überwachungssystem. Zu der Verfolgung des Wikileaks-Gründers Julian Assange, der mörderische Kriegsverbrechen aufgedeckt hat und dem in den USA 175 Jahre Gefängnis drohen, hatte Edward Snowden gesagt:

„Wenn das Aufdecken von Verbrechen wie ein Verbrechen behandelt wird, werden wir von Verbrechern regiert.“

Afghanistan jenseits von 9/11 – Wer tötete Ahmed Shad Massud?

von Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung, Berlin

Zwei Tage vor dem 11. September, am 9.9.2001, starb der aussichtsreichste Kandidat auf das Präsidentenamt in einem geeinten Afghanistan, Ahmed Shah Massud, der Löwe des Panjshir, Führer der Nordallianz. Fatal, wie die falschen Reaktionen auf 9/11 sich als fatal erwiesen, war es, dieses Faktum zu übersehen.

Inkompetenz und Diskursmacht

Man wünschte sich angesichts des Desasters in Afghanistan, von den jetzt überraschten Politikern hätte einmal eine(r) am Friedensratschlag in Kassel teilgenommen, dem – vor der Corona-Krise – jährlich stattfindenden Treffen der Friedensbewegung Deutschlands. Dort gehört es zum Programm, Fachvorträge von Experten zu den Themen Geopolitik, Konversion, gewaltfreie Konfliktlösung, Medienmanipulation und Kriegspropaganda anzubieten. Dort wurde der strategische Aufbau der afghanischen Kämpfer gegen die Sowjetunion frühzeitig kritisiert, ebenso die Militäraktion unter fadenscheinigen Argumenten im Nachgang zu den Anschlägen vom 11. September 2001, die zudem ohne UNO-Mandat begonnen wurde. Auch für die Leserschaft von Fachzeitschriften, wie beispielsweise das inzwischen eingestellte Informationsprojekt Naher- und Mittlerer Osten INAMO, ist die aktuelle

Lage vor Ort keine Überraschung; nur traurige Bestätigung.

In den Debatten um den Abzug, der erst den vorläufigen Endpunkt einer Reihe von Fehlentwicklungen darstellt, sollte man sich erinnern, dass 15 der 19 mutmaßlichen Attentäter aus Saudi-Arabien stammten. „Mutmaßlich“ korrekterweise darum, weil es in der Berichterstattung ansonsten üblich ist, Verdächtige so zu bezeichnen, bis ein Gerichtsprozess (und nicht Foltergeständnisse) die Schuld geklärt hat. Einen solchen Prozess gab es nie und einen Haftbefehl für Osama Bin Laden für die Anschläge von 9/11 auch nicht.

Zum **20sten Jahrestag** der Anschläge, die drei Türme des World Trade Centers zu Fall brachten und 3000 Menschen das Leben kosteten, lehnt nun eine Initiative der Opferfamilien in den USA die Präsenz von Joe Biden bei Gedenkveranstaltungen ab und kritisiert die Instrumentalisierung der traumatischen Ereignisse – gleichzeitig fordern die Hinterbliebenen eine unabhängige Untersuchung der Beteiligung Saudi-Arabiens.

Warum Afghanistan?

Diese Frage bleibt eine offene Wunde, die immer noch nicht zufriedenstellend beantwortet ist. Auch wenn junge

Journalisten heute ein Narrativ vom Afghanistankrieg pflegen, das vor allem durch Weglassen bestimmter – äußerst relevanter – Fakten entstehen konnte und einem strategischen Framing vermeintlicher Menschenfreundlichkeit unterliegt, das Versagen der Medien ist das Ergebnis von über 20 Jahren Kriegs-PR.

Zu den ausgeblendeten Fakten gehört ganz wesentlich ein Akteur, der zentral ist für die Geschichte Afghanistans war bzw. gewesen wäre und bis heute dort verehrt wird.

Ahmed Shah Massud – der Löwe des Panjshir

Wer erinnert sich noch an Ahmed Shah Massud? Er war nicht einer von unzähligen Mudschaheddin der Nordallianz Afghanistans, sondern der designierte Führer einer geeinten afghanischen Nation – wenn es denn jemals eine hätte geben sollen in diesem heterogenen Land. Als langjähriger Kämpfer gegen die Soldaten der Sowjetunion und später gegen die Taliban hat er sich in Afghanistan und international einen Namen gemacht. Ausländische Delegationen besuchten den charismatischen Mann, der in der Lage war, die zerstrittenen Gruppen des Landes an einen Tisch zu bringen. Selbst Gulbuddin Hekmatyar zählte zu seinen Gesprächspartnern und bei Massud trafen sich einst alle Führer der zerstrittensten Clans. Während er in deutschen Medien kaum eine Rolle spielte, thematisierte ihn die New York Times regelmäßig. Massud starb am 9. September 2001 – genau zwei Tage vor dem weltberühmt gewordenen 11. September und im Schatten desselben.

Eine lesenswerte Erinnerung an ihn fand sich zum fünfzehnten Todestag, am 9.9.2016, im Cicero – lesenswert auch darum, weil die Schilderung des Anschlags auf Massud durch eine bestimmte Faktenauswahl glänzt, die das gängige Narrativ stützen kann:

„Ein arabisches Fernsighteam hat im nordafghanischen Tachar ein Interview mit Ahmad Shah Massoud verabredet, dem Anführer der afghanischen Nordallianz. Massoud, seine Begleiter und sein Dolmetscher betreten den Raum. Plötzlich explodieren die Kameras, Massoud wird in Fetzen gerissen. Der Raum füllt sich mit Blut, Körperteile fliegen umher. Die arabischen Reporter waren Al-Qaida-Agenten, die von Osama bin Laden geschickt worden waren, um dessen größten Widersacher zu beseitigen.“



Foto: Präsentation des Bildes von Bibi Aisha bei der World Press Photo 2011, Quelle: Wikipedia (Englische Ausgabe)

Das klingt nur plausibel, wenn man nicht erwähnt, dass es sich um zwei tunesische Journalisten handelte. Warum aber sollte Al Qaida, das ja angeblich in Afghanistan residierte, zwei Tunesier einfliegen, um Massud zu töten? Die faktizierende Darstellung im Indikativ täuscht, auch dieser Mord wurde bis heute nicht endgültig aufgeklärt.

Ohne diesen Mord wäre Massud wohl der Kopf Afghanistans geworden, wenn die Taliban – einst von den Gegnern der Sowjetunion hofiert und protegert – erst vertrieben sein würden. Das war das gemeinsame Ziel Massuds und seiner Wegbegleiter. Aus heutiger Sicht erscheint das naiv, aber man hätte ihm auch die Integration einzelner Akteure und ihrer Anhänger zugetraut. Jedenfalls wäre man an ihm so leicht nicht vorbei gekommen. Wie es geworden wäre, wenn ... bleibt spekulativ, denn Massud wurde nach Jahrzehnten gefährlichsten Kampfes in den Bergen Afghanistans just-in-time ermordet – überblendet von dem traumatisierenden Ereignis in den USA. Kurz vor 9/11 starb die Hoffnung Afghanistans. Kurz vor dem Ereignis, das das Schicksal des Landes so massiv beeinflussen würde.

Das Marionetten-Regime in Kabul

Als Aufenthaltsort des schnell deklarierten Drahtziehers hinter den verheerenden Anschlägen des 11. September war Afghanistan das erste Ziel auf der neu zu schreibenden Landkarte des Mittleren Ostens. Bereits im Verlauf der ZDF-Berichterstattung am selben Abend wurde **Osama bin Laden** als Hauptverdächtiger entdeckt. Ihn galt es in den Höhlen Afghanistans zu finden, nachdem die Afghanen ihn – angeblich – nicht ausliefern wollten; „angeblich“ darum, weil es in Ermangelung eines Haftbefehls (mitsamt Anklageschrift bezüglich des 9/11-Terrors) für Bin Laden natürlich auch kein Auslieferungsverfahren und schon gar kein rechtsstaatliches Verfahren zu erwarten gab. Als Vorwand reicht das Narrativ vielen Berichterstattern bis heute. Auf die entsprechenden Faktenchecks warten wir noch.

Massud als idealer Souverän der Afghanen, die darauf bauten, einer

Person ihres Vertrauens die Führung ihres Landes anzuvertrauen? Das wird der komplexen Situation im Land vermutlich nicht gerecht, aber sein Potential darf auch nicht unterschätzt werden – zumindest hätte er im schließlich folgenden Szenario sehr wahrscheinlich gestört. Stattdessen tritt ein bis dahin völlig unbekannter US-Afghane, **Hamid Karsai**, auf die internationale Bühne, durch einen Anruf aus einer Höhle in Tora Bora direkt in die Petersberger Konferenz, wo die Zukunft Afghanistans beschlossen wurde. Dies beschreibt kenntnisreich und lohnend nachlesbar der ehemalige Al-Jazeera-Korrespondent in Deutschland, Aktham Suliman, in seinem Buch *Krieg und Chaos in Nahost*, in dem es auch um den verheerenden Krieg im Irak geht – ebenfalls begründet mit 9/11.

Karsai war vielleicht etwas zu auffällig mit dem Öl-Geschäft verbandelt, denn schnell sprach sich herum und erzeugte Misstrauen, dass er nicht als Politiker, sondern allenfalls als Berater des **Energiegroßkonzerns Unocal** bekannt war. Das sollte nicht an die große Glocke gehängt werden, genauso wenig wie der Bau der lange verhandelten und vielfach abgelehnten Pipeline durch Afghanistan. Ein Projekt, das nicht den gewünschten Erfolg brachte. Aber es taten sich ja noch weitere Ertragsfelder auf: seltene Erden und Opium. Die von außen eingesetzte Regierung litt von Anfang an unter fehlender Glaubwürdigkeit. Da konnte sich Karsai noch so sehr in traditionelle Gewänder wickeln.

Die Auswirkungen der Kriegswirtschaft

Wechselnde Kriegsgründe sind immer ein Indiz dafür, dass mit der völkerrechtlichen Legitimation etwas nicht stimmt. Tatsächlich spielte Osama Bin Laden bald, auch schon lange vor seinem offiziellen Tod, keine Rolle mehr, sondern das Militär flankierte plötzlich ganz humanitär das Bohren von Brunnen und Bauen von Schulen, den Wiederaufbau. „Mädchenschule“ wurde zum Schlagwort eines geopolitisch motivierten Kriegseinsatzes, der ausblendete, dass zu Zeiten der russischen Besatzung die Mädchen in Afghanistan zur Schule gingen.

Wenn das bis heute immer beschworene Ziel gewesen wäre ... Der gesamte Einsatz wurde klugerweise von den PR-Strategen der Militärs umbenannt – von „Infinite Justice“, was zu sehr nach Selbstjustiz klang, zu *Enduring Freedom*.

2010 veröffentlichte dann **Wiki-leaks** das sogenannte Afghan Diary, Dokumente, die erstmalig die Kriegsverbrechen der ISAF offenbarten – wozu unter anderem Folter, Drohnen-tötungen von Zivilisten und die einen jeden Krieg begleitende Prostitution gehörten – und die zu einer ersten Abzugsdebatte führten. Diese wurde jäh unterbrochen und geriet dann ebenso in Vergessenheit wie Ahmed Shah Massud.

Für die Unterbrechung der Abzugsdebatte sorgte ein schreckliches Foto, das von **Bibi Aisha** mit abgeschlagener Nase und Ohren. Auf dem Time Magazin vom 9. August 2010 lautete der Text zum Bild: *„What happens, when we leave Afghanistan“*. (Was passiert, wenn wir Afghanistan verlassen). Zwar war der Frau die Misshandlung während der Anwesenheit der ausländischen Truppen passiert.

Und zwar war das Foto zum Zeitpunkt der Veröffentlichung auch schon mindestens ein Jahr alt, aber es tat – instrumentell aktualisiert – seine propagandistische Wirkung: Zum **„Schutz von Frauen und Kindern“** wurde der Kriegseinsatz verlängert. Geschäfte haben dabei viele gemacht. Der Ehemann der Fotografin konnte seine Projekte in Afghanistan weiter verfolgen, die Spendenbereitschaft stieg erneut durch die verbleibende Anwesenheit der ISAF-Truppen, und die Waffenindustrie belieferte weiterhin alle Seiten.

Die afghanischen Menschen waren für die Strategen weniger von Interesse, aber als Argument wurden sie stets benutzt – diese Verachtung offenbart sich im unwürdigen Lavieren der deutschen Regierung um die Mitarbeiter, die man nach dem nun weitere 10 Jahre späteren Abzug vor Ort zurück gelassen hat; der Rache der Taliban gewiss.

Das Scheitern begann aber schon vorher, nicht erst mit Einmarsch, sondern schon viel früher, als man die

Geister rief, die man schließlich nicht mehr los wird.

Die Verachtung trifft auch die eigenen Soldaten. Nicht wie es den Menschen immer unterstellt wird, denn sie nicht für die weltweiten Kriegseinsätze sind, durch fehlende Unterstützung militärischer Interventionen – sondern umgekehrt, genau durch die Propagierung solcher Militäreinsätze statt sinnvolle und nachhaltige Lösungen zu finden, die mit der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker beginnen.

Und dabei reden wir von der Einmischung seit über 100 Jahren, die eine unabhängige Entwicklung im Mittleren Osten verhindert hat und Vorwände für weitere Einmischung liefert.

Es ist bitter für Soldaten, dies zu erkennen. – wie es der ehemalige Offi-



zier **Daniel Lücking**. Inzwischen ist bekannt, dass das Posttraumatische Belastungssyndrom, unter dem er und viele Heimkehrer leiden, nicht nur durch die Schrecken vor Ort verursacht wird, sondern auch durch die Verlogenheit, fehlende Verantwortung der Entsender und das Erkennen der Sinnlosigkeit des eigenen Opfers. Lücking schreibt in seinem Tweet vom 20.08.2021:

„Aus einem anderen Leben. Erster Einsatz in #Afghanistan, #Kunduz, November 2005. 16 Jahre her. Damals glaubte ich daran, es wir es mit den Menschen ernst meinen und an die Ziele, die die Bundesregierung propagierte.“

Diese Erkenntnis schmerzt erneut, aber sie bietet die einzige Chance auf Heilung.

Insofern kann man nur hoffen, dass die neu aufflammende Aufmerksamkeit für Ahmad Shah Massud, die den Appell seines Sohnes auf Waffenlieferung flankiert, nicht schon wieder der erste Schritt in die falsche Richtung ist – weiterhin zu glauben, dass sich in Afghanistan oder sonst wo ein Konflikt durch Waffen lösen ließe, oder besser: uns glauben machen zu wollen, dass es dabei um die Menschen und nicht ums Geschäft geht.

Wie sich der Sieg der Taliban auf die Welt auswirkt

Der Rückzug der USA aus Afghanistan schafft Raum für andere Akteure und geopolitische Machtspiele.

Nicht nur die USA und die Europäerinnen und Europäer, auch die regionalen Staaten wurden offenbar von der rasanten Machtübernahme durch die Taliban überrascht. Aber vielleicht doch etwas weniger. Die Taliban selbst waren in den vergangenen Wochen und Monaten diplomatisch aktiv, Delegationen reisten nach Moskau, Peking und Teheran. [...]

Allen regionalen und internationalen Akteuren ist eines gemeinsam: Sie wollen nicht, dass der Sieg der Taliban zur Inspiration für islamistische Gruppen wird, genauso, wie es 1989 nach dem Abzug der Sowjets der Fall war. Die direkten Nachbarn fürchten einen physischen Austausch über die Grenzen hinweg: Als die Taliban von 1996 bis 2001 an der Macht waren, haben sie aktiv Extremisten in den Nachbarländern unterstützt. [...]



Was hingegen alle wollen: neue wirtschaftliche Räume erschliessen, den strategischen Einfluss ausweiten.

Das neue Afghanistan – wie es auch heisst – hält vor allem für Russland und China neue hegemoniale Chancen bereit. Aber auch Risiken. Es bietet Gelegenheit für Kooperation, wenn es darum geht, die USA aus Entscheidungsprozessen draussen zu halten. Es bietet aber auch Anlass für neue Konkurrenz.

Afghanistan hat sechs direkte Nachbarn, von Pakistan mit der längsten Grenze (2670 Kilometer) im Uhrzeigersinn weiter über den Iran, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan bis zu China mit der kürzesten Grenze (76 Kilometer). Auch Russland ist nicht weit – Tadschikistan gehört zu seiner sicherheitspolitischen Einflussphäre. Doch auch die Türkei hat zentralasiatische Ambitionen, mit Ausnahme der Tadschiken handelt es sich dort meist um Turkvölker. [...]

Für China ist Afghanistan zweifellos ein geopolitisches Geschenk der USA: Die chinesischen Medien bedanken sich mit Spott und Hohn bei den abziehenden USA. Man kann jedoch sicher sein, dass Peking bei allen wirtschaftlichen und politischen Interessen eindeutige Forderungen an die Taliban stellen wird: einen klaren Schnitt mit dem Terrorismus und vor allem mit allen panislamistischen Ambitionen, die auch die chinesischen Uiguren – Xingjiang mit seinen Lagern liegt an der Grenze – einschliessen. [...]

Moskau hat den Taliban klare Hinweise gegeben: Eine russische Militärübung mit Sicherheitskräften aus zentralasiatischen Staaten folgt auf die andere. Die russische Präsenz in Tadschikistan, das auch Mitglied der CSTO (Collective Security Treaty Organisation) ist, wurde ausgebaut.

Quelle: DerStandard.at / 21.8.2021

Aus persönlichen Erklärungen im Bundestag am 25.8.2021



Auftritt des Friedensforums Neumünster zum Schluss einer Wahlkundgebung der Partei Die Linke am 1.9.2021, Quelle: Christof Ostheimer

Christine Buchholz und Achim Kessler

[...] Mit der Niederlage des westlichen Imperialismus in Afghanistan ist auch die Interventionspolitik der NATO krachend gescheitert. Die Konsequenz daraus muss sein: Schluss mit der militärischen Logik der Interventionspolitik. Der Krieg in Afghanistan darf nicht durch einen erneuten Militär-Einsatz angefacht werden, er muss beendet werden. Es bewahrheitet sich, was DIE LINKE schon immer sagt: Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung können nicht von außen gebracht und herbeigebombt werden.

Es braucht den Druck der LINKEN im Parlament und den Druck von der Straße für einen sofortigen Stopp der Auslandseinsätze und aller Waffenexporte sowie für offene Grenzen für alle Menschen in Not.

Auch wenn wir gegen den Bundeswehreinsatz sind, haben wir uns der Fraktionsdisziplin unterworfen und mit Enthaltung gestimmt. DIE LINKE ist für die Evakuierung von gefährdeten Personen aus Afghanistan. DIE LINKE hat schon seit langem die Evakuierung von Ortskräften der Bundeswehr und weiteren gefährdeten Personen gefordert und im Juni 2021 diese Forderung im

Bundestag abstimmen lassen. Alle anderen Fraktionen waren dagegen.

Alexander Neu

[...] Seit dem Beginn des NATO-Krieges in Afghanistan 2001 und dem Kriegseintritt Deutschlands unter der Bundesregierung von SPD und Grünen hatte man auf die Unterstützung von Warlords und korrupten Politikern gesetzt und versucht, dies der Öffentlichkeit als Engagement für Demokratie und Menschenrechte vorzugaukeln. Die realen Entwicklungen wurden ausgeblendet.

Alles deutet darauf hin, dass der Bundestag mit dem vorgelegten neuen Mandat für die verfehlte Afghanistan-Politik der Bundesregierung in Mithaftung genommen und hier alleine die militärische Logik der letzten 20 Jahre fortgesetzt werden soll. Der Militäreinsatz hat überdies keine völkerrechtliche Grundlage, da er weder von den Vereinten Nationen (UN) beauftragt, noch mit den neuen faktischen Machhabern vereinbart wurde.

Statt auf zivile Evakuierungen wurde nach Absprache mit den Taliban ein weiterer Militäreinsatz aufgelegt, der in wenigen Tagen beendet wird und die zivilen Evakuierungen sogar behin-

dert. Tausende gefährdete Personen werden von der Bundesregierung zurückgelassen. Diesem Mandat geheuchelter Hilfe der Bundesregierung werde ich meine Zustimmung verweigern.

Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Andreas Wagner und Zeki Gökhan

Die Bundesregierung ist mitverantwortlich für das Desaster des NATO-Kriegs in Afghanistan: Zehntausende getötete afghanische Zivilisten, Millionen Flüchtlinge, 59 tote Bundeswehrsoldaten und allein auf deutscher Seite 12,5 Milliarden Euro an Kriegskosten. Am Ende ließen Union und SPD auch noch die Ortskräfte und ihre Familien in Afghanistan im Stich, brachten damit tausende Menschen in Lebensgefahr, auch weil sie die zuletzt am 24. Juni 2021 in den Bundestag eingebrachte Forderung der Fraktion DIE LINKE nach einer schnellen, unbürokratischen Evakuierung der Ortskräfte parallel zum Abzug der Bundeswehr ablehnten, als diese noch wesentlich gefahrloser möglich war. [...]

Nach der militärischen Besetzung des Flughafens in Kabul durch die USA und dann der Bundeswehr wurde der reguläre Flugbetrieb eingestellt. Damit wurde vorschnell eine effektive zivile Evakuierung verunmöglicht und einseitig auf einen Kampfeinsatz der Bundeswehr gesetzt, aus dem ein neues Bundeswehr-Mandat für ganz Afghanistan folgte – das mit der heutigen Abstimmung bereits wieder obsolet ist.

Mit dem Militäreinsatz der Bundeswehr wird der Öffentlichkeit militärische Handlungsfähigkeit simuliert, während die Bundesregierung zugleich bis ins Detail die Evakuierung mit den Taliban abspricht. Durch die ausschließlich militärische Evakuierung unter dem Dach der US-Streitkräfte ist die Evakuierung zeitlich massiv begrenzt worden. Das Gros der Ortskräfte und ihre Familien wurden von der Bundesregierung im Stich gelassen. [...]

Deswegen stimmen wir mit Nein.

Wider eine ‚werteorientierte‘/menschenrechtsbasierte Außenpolitik – Lehren aus Afghanistan



US-Dollar und die Bundesrepublik rund 18 Milliarden Euro kostete, ein zerstörtes und verarmtes Land von 39 Millionen Einwohnern zurückgelassen. 59 deutsche Soldat:innen fielen und unzählige Menschen flüchteten.

Gibt es Lehren zu ziehen für Auslandseinsätze, wie aktuell in Mali, und generell für eine interventio-

nistische "wertebasierte Außenpolitik", wie sie von verschiedenen Bundestagsparteien, inklusive einer möglichen Linkskoalition unter Beteiligung der Fraktion Die Linke, proklamiert wird?

Universalistische zivilisatorische Mission

Halten wir zunächst fest: Afghanistan ist kein Einzelfall einer wertebegründeten Intervention, im Gegenteil:

Außenminister Heiko Maas (SPD) führte seine erste Auslandsreise in das **Brasilien** des Jair Bolsonaro und in das **Kolumbien** des Iván Duque, zentraler Stützpunkt des Widerstandes gegen die Regierung von Nicolás Maduro in Venezuela. Maas begründete die Besuche ausdrücklich mit dem "gemeinsamen Wertefundament" der beteiligten Regierungen.

Die jetzt bereits 60 Jahre andauernden wirtschaftlichen Sanktionen gegen **Kuba** werden immer noch mit der angeblichen dortigen Verletzung von Menschenrechten und der nötigen Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie begründet.

Die USA begannen ihre Bombardierungen des **Irak** im Januar 1991 im Namen der Menschenrechte, wechselten 2003 zu den angeblich dort gehorteten Massenvernichtungswaffen und kehrten zum Thema "Menschenrechte und Befreiung von der Diktatur" zurück, als die Massenvernichtungswaffen nicht gefunden wurden.

Der Überfall auf **Libyen** wurde von den europäischen Staaten und den USA als humanitäre Intervention im Rahmen ihrer angeblichen "Schutzverantwortung" (Responsibility to Protect", R2P) ausgewiesen.

Der stärker werdende Ruf nach Sanktionen gegen die Volksrepublik **China** stützt sich auf den Schutz der Menschenrechte und der Demokratie vor allem in Hongkong, Tibet und Xinjiang. Zusätzlich spielt die Sorge um eine "regelbasierte Ordnung" eine Rolle, obwohl man mit dem Völkerrecht selbst auf Kriegsfuß steht.

Afghanistan: Aussichten und Legitimation

1. Ohne eine breite Unterstützung in der Bevölkerung wäre ein Sieg der militärisch weit unterlegenen Taliban nicht möglich gewesen. Offenbar gelten sie als **Befreier von kolonialistischen Nato-Truppen** und korrupten mit ihnen kollaborierenden Volksvertretern. Mehr noch erscheint ihr ideologisch-politisch "ein islamisches Emirat" besser als ein demokratisch-säkularer Staat.

2. Externe **"humanitäre" Intervention**, gegebenenfalls auch militärisch gestützt, zwecks Durchsetzung von Menschenrechten und Etablierung demokratischer Verhältnisse ist zum Scheitern verurteilt. Dominieren tribale bzw. ethnisch-religiöse statt bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsstrukturen, kollektive Identitäten und Kultur, spalten sie eher und werden zum Instrument von Unterdrückung.

3. Im Übrigen untersagt das **Völkerrecht** ausländische Interventionen, es sei denn sie sind vom UN-Sicherheitsrat im Einzelfall beschlossen. Grundsätzlich garantiert ansonsten das Selbstbestimmungsrecht der Völker allen Staaten die freie Wahl ihrer politischen, sozialen und ökonomischen Ordnung. Im konkreten Fall bedeutet das: Die Taliban sind das Problem der Afghanen, welches sie zu lösen haben, nicht aber die USA oder die Deutschen.

4. Das **Menschenrechtsverständnis** der kapitalistischen Staaten des

Offener Brief an die Bundesregierung, Abgeordnete, Parteien und Friedensaktivisten

von: PD Dr. Johannes M. Becker, Prof. Dr. Lutz Kleinwächter, Prof. Dr. Karin Kullow, Prof. Dr. John P. Neelsen, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Werner Ruf, Prof. Dr. Dr. Wilfried Schreiber, Dr. Dr. h.c. Arne C. Seifert, Botschafter a.D., Dipl. Politologe Achim Wahl

Auf allen Kanälen wird der überstürzte Abzug der US-Truppen aus Afghanistan für das Scheitern des "idealistischen Krieges" (Sigmar Gabriel, SPD) und den Sieg der Taliban verantwortlich gemacht.

Nach 20 Jahren Krieg, begonnen als "Krieg gegen den Terror", personifiziert in Osama Bin Laden, und weitergeführt als menschenrechtsbasierte Mission "dauerhafte Freiheit", also Enduring Freedom, mit Aufbau bürgerlich demokratischer Institutionen, fielen innerhalb von wenigen Tagen fast ohne Widerstand der nach Soldaten und Bewaffnung weit überlegenen Armee zuerst die Provinzstädte schließlich auch Kabul den Taliban in die Hände.

Mit über 200.000 Toten und unzähligen Verletzten wird nach dem längsten Kriegseinsatz der USA und ihrer Verbündeten, inklusive der Bundeswehr, der die USA rund zwei Billionen

Westens beschränkt sich auf zivile und politische Rechte. Sie negieren die Verbindlichkeit der sozialen, ökonomischen und kulturellen Menschenrechte und erst recht die der dritten Generation auf Frieden, Entwicklung und Umwelt trotz ihrer von den UN proklamierten Gleichrangigkeit.

Das Gleiche gilt für die Umsetzung eines von Menschenrechten geleiteten Verhaltenskodex für internationale Konzerne.

Mehr noch, gerade die USA, die vehementesten Vorreiter der weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte, haben die allermeisten der entsprechenden UN-Konventionen nicht unterschrieben oder ratifiziert und verletzen sie fortwährend im Inland wie im Ausland.

"Werteorientierte" Außenpolitik und Machtinteressen der Starken

Zur ideologischen Grundausstattung der Außenpolitik treten vor allem in den USA, aber auch in der Bundesrepublik, die "nationale Sicherheit" und "nationale Interessen" hinzu. Sie allein kommen den wahren Interessen und Zielen der Interventionen nahe. Drei Funktionen bzw. Aufgaben haben diese unter dem "Banner des Guten" vorgetragenen "Werte" zu erfüllen:

- **"defensiv"** geht es um die Rechtfertigung und Verteidigung offensichtlich rechtlich zweifelhafter bzw. illegaler Interventionen und Maßnahmen,
- **"offensiv"** geht es um die Diskreditierung, Delegitimierung des politischen Gegners und die Vorbereitung eines Angriffs,
- **vorgeblich** geht es um den Schutz der Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts.

(1) Klassische Formen des "defensiven" Werteeinsatzes sind die **"humanitäre Intervention"** wie im Krieg gegen Ex-Jugoslawien 1999 und die "Responsibility to Protect" wie in Libyen.

Der australische Journalist und Dokumentarfilmer John Pilger sagte dazu 2011:

"Der europäisch-(US-)amerikanische Überfall auf Libyen hat nichts damit zu tun, dass jemand beschützt werden soll. Es ist die Antwort des Westens auf die Völkerverhebungen in strategisch wichti-

gen und ressourcenreichen Regionen der Erde und der Beginn eines Zermürbungskrieges gegen den neuen imperialen Konkurrenten China."

(2) "Offensiv" werden die "Werte" zur **Delegitimierung** und zum **Regime Change als Sanktionen** gegen Staaten wie Kuba, Syrien aber auch Volksrepublik China eingesetzt. Dass es dabei nicht nur um politische und wirtschaftliche Sanktionen geht, sondern auch um militärische Interventionen, hat die Geschichte Kubas gezeigt. Dieses Vorgehen wird nun auch gegen eine Weltmacht wie China erwogen. Der US-Präsident Joe Biden sagte dazu im Juli dieses Jahres:

"Ich denke, es ist mehr als wahrscheinlich, dass wir in einem Krieg enden werden – einem echten Krieg."

(3) Der wirkliche Schutz der Menschenrechte, die originäre Aufgabe einer "werteorientierten" Außenpolitik, spielt in der realen Politik keine Rolle. Beispiele massiver Menschenrechtsverletzungen wie Israel/Palästina, USA/Guantánamo, Afghanistan/Bagram oder Irak/Abu Ghraib, werden sogar vor den Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) geschützt.

Ähnlich begründet ist **das Schweigen des Westens** zur gewalttätigen Niederschlagung der Demonstrationen in Bahrain durch saudi-arabisches Militär: Zu groß sind die Interessen des Westens in Saudi-Arabien und in den Golfstaaten.

Diese Beispiele einer **Politik des zweierlei Maß** belegen den letztlich instrumentellen ideologisch-legitimatorischen Gebrauch von Menschenrechten. In Wahrheit geht es mit den Worten von Egon Bahr zu Schülern um Folgendes:

"In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt."

Fazit zur "werteorientierten" Außenpolitik

Sie zielt nach wie vor auf Macht und Herrschaft über fremde Länder mit den alten Instrumenten des Kolonialismus und Imperialismus wie Raub,

Krieg und Versklavung, nur die Legitimation hat sich geändert:

Im **15. Jahrhundert** war es die Mission, mit der die Expeditionen zunächst an die Küsten Afrikas und dann gen Westen geschickt wurden.

Im **19. Jahrhundert** war es der Auftrag der Zivilisation, mit dem die europäischen Staaten die Welt unter sich aufteilten, so etwa auf der Berliner Konferenz 1884).

Im **20. Jahrhundert** sind es Menschenrechte, Demokratie und Freiheit, mit denen die Staaten versuchen, die koloniale Ordnung zu erhalten und neu zu ordnen.

Was tun?

Seien wir auf der Hut angesichts der starken innenpolitischen Komponente "wertebasierter" Außenpolitik:

Denn wer kann schon dagegen sein, wenn Menschenrechte, vor allem Frauenrechte, also Rechte der Schwächeren, von den "Zivilisierten" geschützt werden, die dafür sogar die Last des Krieges auf sich nehmen – wie altruistisch! Wer dies kritisiert, macht sich der Menschenverachtung schuldig! So werden Militär- und Kriegskritik durch die Inhaber von Moral zum Schweigen gebracht.

Und schon ist auch der nächste de-
saströse Konflikt vorbereitet: Das wirtschaftsstarke Deutschland hat ein Kriegsschiff in den Fernen Osten (!) entsandt. Anstatt sich daheim um die Hausaufgaben zu kümmern, als da sind: die Bekämpfung der wachsenden Armut und damit der Spaltung unserer Gesellschaft, die Integration vieler vor deutschen Waffen und deutscher Wirtschaftspolitik zu uns Geflohener und eine wirksame und sozial angepasste Klimapolitik und vieles andere mehr.

Deshalb fordern wir:

- Stopp jeglichen Rüstungsexports.
- Stopp der inländischen Aufrüstung. Waffen und Kriege haben noch keinen Konflikt auf der Erde geregelt, geschweige gelöst.
- Die EU, Friedensnobelpreisträgerin 2012, nicht aufrüsten, sondern zur Friedensstifterin zurückbauen.
- Der UNO ihre ursprüngliche friedensstiftende Funktion zurückgeben, und dies mit dem alleinigen Gewaltmonopol!

20 Jahre Kampf gegen den Nato-Krieg in Afghanistan

von Barbara Heller, Bremer Friedensforum (korr. Redetext einer Kundgebung vom 20.8.2021 in Bremen)



Die Friedensbewegung hat diesen Krieg und die Beteiligung Deutschlands unter der sozialdemokratisch-grünen Regierung von Anfang an verurteilt. **Bundeswehr raus aus Afghanistan war** deshalb unsere Forderung.

Von Anfang an haben wir gesagt: Krieg löst keine Probleme. Krieg verschärft die Konflikte. Krieg ist Terror. Auch der Krieg gegen Terror ist Terror, stärkt den Terrorismus.

Die Bundesregierung setzte auf Angst und Hetze, um die Deutschen für den Krieg zu gewinnen: Wir erinnern an die unsägliche Äußerung des damaligen Verteidigungsministers Struck: Die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt. Inzwischen haben wir erlebt, was es heißt, wenn Menschen ihre Heimat verlassen und sich daran machen, ihre Vorstellung von Freiheit und Sicherheit bei uns in Europa oder in Deutschland mit Gewalt zu verteidigen.

Worum ging es bei diesem Krieg? In den ersten Kriegsjahren gab es in den USA phantastische Berichte von „atemberaubenden Rohstoffvorkommen“ in Afghanistan. Ferner gab es Pläne für den Bau einer Pipeline. Nichts neues also über die Kriegsgründe: Rohstoffe, Absatzmärkte, Transportwege und geostrategische Überlegenheit. Die Narrative von „nation building“, Demokratieexport und Einsatz für Menschenrechte wurden im Verlauf des Krieges aber immer wieder medial belebt und verbreitet.

Das Bremer Friedensforum hat in dem 20 Jahre dauernden Krieg in Afghanistan eine ganze Reihe von Veran-

staltungen über die Hintergründe und Perspektiven organisiert. Mehrfach war Matin Baraki, der aus Afghanistan stammende Marburger Politologe, zu Gast in Bremen. Immer wieder hat er sein Konzept für eine Befriedung Afghanistans vorgetragen. Als Voraussetzung dafür benannte er klar und deutlich seine Forderung: **Abzug aller imperialistischen Truppen aus dem Land!**

Während dessen macht **Condoleezza Rice** (Außenministerin 2005 – 2007 unter Bush) auf die amerikanische Strategie in Greater Middle East aufmerksam. Bei einem öffentlichen Vortrag kündigt sie ein „kreatives Chaos“ in der Region an, die Neuordnung der Region sei allerdings ohne „schmerzhaftes Geburtswehen“ (wörtlich) nicht zu haben. Wir haben dieses kreative Chaos in unsere Sprache übersetzt: Die Blutspur des Westens, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien...

Während in dieser Region immer mehr Menschen durch Militär und Gewalt ihr Leben verlieren, wird in Deutschlands Amtsstuben diskutiert, wie man das Ganze bezeichnen sollte: Krieg oder was? Afghanistan wird als „kriegsähnliches Gebiet“ bezeichnet. Der damalige Verteidigungsminister zu Guttenberg gestand uns dann aber zu, umgangssprachlich könne man von Krieg reden.

Unterdessen sucht die Friedensbewegung Unterstützung im Kampf gegen den Krieg in Afghanistan. Zustimmung kommt von unerwarteter Seite. In der Bundeswehr gibt es das „**Darmstädter Signal**“, einen Zusammenschluss kritischer Soldaten. Ihre Kritik, dass der Afghanistan-Einsatz gegen das Grundgesetz verstößt, führt dazu, dass die Kritiker kaltgestellt und ihrer Funktionen enthoben werden. Beim Ostermarsch 2007 spricht Oberst Pfaff in Bremen über seinen Kampf gegen den Afghanistaneinsatz.

Auch aus Kirchenkreisen gibt es Unterstützung. Die Bischöfin **Margot Käßmann** sagt in ihrer Neujahrsansprache 2010: „Nichts ist gut in Afgha-

nistan“ und löst damit Debatten über den Einsatz aus. Wobei immer wieder klar wird, dass die Mehrzahl der BundesbürgerInnen dem Einsatz sehr kritisch gegenübersteht, die Politik aber daran festhält.

Noch kritischer als den Einsatz selbst sehen die BundesbürgerInnen den Rüstungsexport. Dass deutsche Rüstungskonzerne Waffen an Pakistan liefern dürfen, an Pakistan, das Land, das der Hauptunterstützer der Taliban ist, wird in der Öffentlichkeit als Skandal betrachtet. Aber es ist ja nicht nur Pakistan, zu dem Deutschland gute Beziehungen hat, auch die Saudis sind willkommene Bündnispartner der Deutschen, obwohl ihre Unterstützung der Islamisten bestens bekannt ist.

Bundesweit gibt es Demonstrationen gegen den Krieg in Afghanistan. Die Friedensbewegung zeigt auf, wo sie die Lösung für die Probleme sieht: **Bundeswehr raus aus Afghanistan! Ja zum Frieden – Nein zur Nato! UNO statt Nato! BRD raus aus der blutbefleckten Nato!** Das sind die Losungen, mit denen wir auf die Straße gehen.

In Afghanistan geht der Krieg weiter. Der Krieg gegen die Taliban, aber auch der **Krieg gegen die Zivilbevölkerung**.

Wir wissen, dass in allen aktuellen militärischen Auseinandersetzungen die Zivilbevölkerung den Hauptblutzoll trägt. Die USA setzen Streubomben ein, die furchtbare Opfer unter der Zivilbevölkerung anrichten. Die eingesetzte DU-Munition, also uranabgereicherte Munition bringt nicht nur unmittelbare Verletzungen und Tötungen mit sich, sondern verursacht auch genetische Schäden, die noch generationenlang wirken. Von den Besatzungstruppen angewandte Folter und Exekutierungen gefangener Afghanen durch Angehörige der Nato-Truppen lassen den Hass auf den Westen wachsen und stärken die Taliban.

Dazu kommen die **Drohnenangriffe**. Allein in den letzten 5 Jahren gab dabei mehr als 10 000 Tote und Verstümmelte. Opfer sind ganze Hochzeitsgesellschaften, Bauern auf dem Feld, Reisende auf dem Weg zum

Markt. Die am Himmel kreisenden Drohnen verbreiten Angst und Schrecken. Niemand weiß, wer das nächste Opfer sein wird. Drohnenmorde sind extralegale Hinrichtungen.

Ohne Deutschland wären diese Morde nicht möglich, denn über Ramstein in der Pfalz werden die Drohnen gesteuert. Deutschland beteiligt sich also in besonderer Weise an diesem schmutzigen Krieg. Die aus Deutschland gesteuerten Drohnenangriffe verstoßen gegen das Grundgesetz und gegen das Völkerrecht. Aber die Bundesregierung unternimmt nichts dagegen.

Für 60 % der zivilen Opfer in Afghanistan, darunter 40 % Kinder, waren die westlichen Alliierten und die Regierungstruppen verantwortlich. Jedes dieser zivilen Opfer arbeitet den Taliban in die Hände.

In diesem Zusammenhang muss auch an **Oberst Klein** erinnert werden und an die blutigste deutsche Militäraktion seit 1945. Am 4.11.2009 befahl Klein die Bombardierung zweier Tanklaster, die in einem Flussbett bei Kundus stecken geblieben waren. 100-150 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, die von dem Tanklaster Sprit holen wollten, starben bei der Bombardierung, viele wurden schwer verletzt und verstümmelt. Den Befehl hatte Bundeswehroberst Georg Klein gegeben, trotz der Bedenken der US-Bomberpiloten.

Die Opfer und Hinterbliebenen kämpften weitgehend erfolglos für eine Entschädigung aus Deutschland. Gemeinsam mit dem aus Afghanistan stammenden Bremer Rechtsanwalt Karim Popal, der die Opfer und Hinterbliebenen des Kundus-Anschlages vertrat, informierten wir die Öffentlichkeit über dieses Verbrechen. Für den Bundeswehroberst Klein hat sich die Sache gelohnt, er wurde zum Brigadegeneral befördert, seit April diesen Jahres ist er Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium.

Im Mai 2011 wurde **Osama Bin Laden** in Pakistan, wo er vermutlich seit 2006 lebte, gefangen genommen und ums Leben gebracht. Mit Pakistan pflegen die USA und viele westliche Regierungen bis heute gute Beziehungen.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wäre der ursprünglich genannte Kriegsgrund entfallen.

Aber der Krieg wird nicht beendet, er wird „afghanisiert“, d.h. die afghanischen Opferzahlen steigen, sowohl was die Zivilisten als auch die Soldaten angeht. Der Bundestag verlängert das **Bundeswehr-Mandat** jedes Jahr. Die Partei Die Linke stimmt als einzige Partei jedes Mal geschlossen gegen den Einsatz, die Mehrheit der Parteienvertreter von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen stimmt dafür. Die AfD lehnt den Einsatz ab, aber sie ist kein Bündnispartner für die Friedensbewegung.

Während die Opferzahlen unter den deutschen Soldaten steigen und die **Traumatisierungen der Kriegsrückkehrer** zunehmen, läuft die Propagandamaschine weiter. Brunnenbauen, Bildung und Frauenemanzipation werden uns immer wieder als wahre Aufgaben des Afghanistaneinsatzes verkauft.

Gerade das Argument mit den Frauen zeigt die ganze Verlogenheit und Verkommenheit der Besatzer. So als hätte es nie eine Regierung Nadschibullah gegeben, eine Zeit, in der es den Frauen in Afghanistan so gut ging wie nie zuvor und nie danach. Aber genau diese Regierung wurde mit Hilfe von Islamisten und den USA brutal zerschlagen.

Und dann geht alles ganz schnell. Im Frühjahr 2020 verhandelt der US-Präsident Trump mit den Taliban und vereinbart den Abzug der US-Truppen. Eine wesentliche Bedingung ist die zugesicherte Straffreiheit für US-Bürger. Die offizielle Begründung für den Abzug ist die neue Schwerpunktsetzung der USA. Bereits unter Obama hatten die USA das „pazifische Jahrhundert“ ausgerufen. Der neue Feind ist China.

Noch am 4.3.21 verlängert der Bundestag das Bundeswehrmandat für Afghanistan bis 2022. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer will „den Friedensprozess weiter unterstützen“.

Außenminister Maas schwadroniert Ende Juni, die Bundeswehr habe in Afghanistan „den Boden für eine lebendige Zivilgesellschaft bereitet“. Maas schlägt die Warnungen seiner Diplomaten vom raschen Vormarsch der

Taliban in den Wind, die Evakuierung der Hilfstruppen wird nicht vorbereitet.

Erst am 12.8. wird die Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan ausgesetzt.

Die Taliban erobern in wenigen Tagen fast im ganzen Land die Macht. Sie sind heute stärker denn je und sie sind bestens militärisch ausgerüstet, die Waffenarsenale sind gut gefüllt mit dem, was die Nato-Truppen zurückgelassen haben und was die westliche Welt nach Pakistan und Afghanistan geliefert hat.

Dieser Krieg war von Anfang an ein Verbrechen. Die USA kehren zu ihrem Ausgangspunkt zurück. Blinken: „Das einzige, was wir wollten, war, diese Leute, die für 9/11 verantwortlich waren, zu behandeln. Das Ziel ist erreicht.“ So einfach ist das, so zynisch, so verbrecherisch. 20 Jahre Krieg, hunderttausende Tote, ein Land ärmer und zerstörter als je zuvor.

Einmal mehr hat sich gezeigt: Krieg führt nicht zur Lösung von Konflikten, **Krieg ist Terror, Krieg gegen den Terror nährt den Terrorismus.**

Das Ergebnis ist bitter für die afghanische Bevölkerung und für die Kriegsgegner.

Es ist nicht gelungen, aus dem Protest gegen den Krieg in Afghanistan eine Massenbewegung zu machen. Die Bundespolitik hat 20 Jahre ungehindert ihren Kriegskurs fortgesetzt. Es steht zu befürchten, dass sie – trotz der afghanischen Erfahrung – an der militarisierten und militaristischen Außenpolitik festhält.

Deutschland wird sich auch weiterhin an Kriegen beteiligen, die für Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten, zur Sicherung von Transportwegen und für geostrategischen Einfluss geführt werden. Die Verteidigung der Privilegien und die Absicherung des Wohlstands der westlichen Welt auf Kosten Dritter macht die Zukunft immer gefährlicher.

Wer Frieden will, muss die Bundeswehr aus Mali zurückholen und darf die Fregatte Bayern nicht ins Südchinesische Meer schicken. Das menschenrechtliche Beiwerk dient nur dazu, die wahren Ziele zu verschleiern.

Zivile Opfer des Afghanistan-Krieges

von der IPPNW Deutschland

Offizielles Ziel des Krieges war es, das Dschihadisten-Netzwerk Al-Qaeda zu zerschlagen und die herrschende Taliban-Regierung zu stürzen. Tatsächlich hat sich jedoch infolge der Besatzung und des „**Krieges gegen den Terror**“ die Zahl militanter islamistischer Organisationen und Kämpfer vervielfacht. Der sogenannte „IS“ operiert mittlerweile auch in afghanischen Gebieten, wie der jüngste Anschlag am Flughafen von Kabul mit mehr als 100 Toten auf erschütternde Weise gezeigt hat.

Viele Zivilist*innen in Afghanistan und den Nachbarländern haben den Militäreinsatz mit ihrem Leben bezahlt. Nach einer vorsichtigen Schätzung der „**IPPNW-Body Count**“-Studie forderten die Kriege in Afghanistan, Pakistan und Irak bereits im ersten Jahrzehnt mindestens **1,3 Millionen Todesopfer**. Neta C. Crawford und Catherine Lutz vom „Costs of War“-Projekt an der Boston University in den USA haben aufgrund der Basis offiziell registrierter Todesfälle immer wieder Fallzahlen für Afghanistan, Pakistan und Irak veröf-

fentlicht. In Afghanistan summiert sich ihrer aktuellsten Studie zufolge, die Zahl aller von Oktober 2001 bis April 2021 im Krieg getöteten Afghan*innen auf ca. 165.000, davon 47.000 Zivilist*innen. Da nach der Analyse des IPPNW-„Body Count“ die gesamte Zahl der tatsächlichen Opfer in der Regel 5 bis 8 Mal höher ist als die der beobachteten zivilen Opfer, gehen die Autoren der Body-Count-Studie von mittlerweile über **800.000 Toten in Afghanistan** aus. Auch 3.600 Soldat*innen der westlichen Allianz haben in Afghanistan ihr Leben gelassen, darunter knapp 60 Bundeswehrsoldat*innen.

Das Bureau of Investigative Journalism recherchiert die **Opfer der Drohenangriffe** in Afghanistan. Laut ihren Recherchen gab es in Afghanistan mindestens 13.072 US-Angriffe seit 2015. Als Resultat zählte die Initiative zwischen 4.126 und 10.076 Opfer, darunter bis zu 900 tote Zivilist*innen.

Trotz des massiven Mitteleinsatzes, alleine **2,7 Billionen US-Dollar** für den

amerikanischen Steuerzahler, und der militärischen Interventionen der NATO konnte keine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in Afghanistan erreicht werden. **Die Ernährungssituation ist desolat:** Laut der Welthungerhilfe befinden sich 13,2 Millionen Menschen in Afghanistan in akuter Ernährungsunsicherheit, davon 4,3 Millionen Menschen in einer akuten Hungerkrise. 3,1 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind mangelernährt

Der **Human Development Index** in Afghanistan stieg von 0,35 im Jahr 2000 auf 0,511 im Jahr 2019. Im Vergleich mit den Ländern Bangladesch und Nepal zeigt sich zwar, dass Afghanistan zwischen 2000 und 2010 im Vergleich zu den Ländern deutlich aufholen konnte, dann aber erneut zurückfiel und der Abstand 2019 ähnlich groß war wie im Jahr 2000. Insgesamt liegt das Land noch immer auf einem der weltweit letzten Plätze: Platz 169 von 189 Ländern. Laut Welthungerhilfe leben 54,5 % der Afghan*innen unterhalb der nationalen Armutsgrenze.

Zum Tod von Willi Hoffmeister



Am Dienstag, dem 3. August 2021 verstarb der Dortmunder Gewerkschafter und Friedensaktivist, der über Jahrzehnte den Ostermarsch Rhein-Ruhr maßgeblich organisiert und aktiv getragen hat.

Willi Hoffmeister war ein beharrlicher und konsequenter Kämpfer für Frieden und Abrüstung, gegen Militarismus, jede Form von Rassismus und Faschis-

mus und für Gerechtigkeit; er lebte die Überzeugung, dass nur eine gerechtere Welt eine friedliche sein kann. Uns war er mit seiner unbedingten Menschlichkeit stets ein Vorbild. Das wird er auch immer für uns bleiben.

Am letzten Freitag seines Leben verliehen ihm der Dortmunder Bürgermeister Norbert Schilff und die Dortmunder DGB-Vorsitzende Jutta Reiter das Bundesverdienstkreuz für sein unermüdliches Engagement für eine Welt ohne Faschismus und Krieg, in diesem Land keine selbstverständliche Ehre für einen auch als Sozialist bekannten Aktivisten.

Jutta Reiter begründete diese Auszeichnung mit diesen Worten:

„Als besondere Fähigkeit und Eigenschaft Hoffmeisters ist zu erwähnen, dass er ein hohes Maß an Gesprächsbereitschaft für politische Themen, gepaart mit einer einnehmenden Freundlichkeit zeigt.“

Gerade die Verbindung von Gewerkschaftsarbeit mit dem Engagement für den Frieden war immer ein Bestandteil seines persönlichen Wirkens. Darin war und ist Hoffmeister auch von den Gewerkschaften immer anerkannt worden, folgerichtig wurde er seitens der Dortmunder Gewerkschaften für den Bundesverdienstorden vorgeschlagen.“

Mit Willi Hoffmeister verliert das Essener Friedensforum einen seiner langjährigsten Freunde, er hat regelmäßig beim Essener Ostermarsch-Auftakt und bei weiteren Friedensanlässen in Essen und in unserer Region gesprochen. Willi Hoffmeister hat sich zeitlebens für die Verbindung der demokratischen Bewegungen engagiert, als Betriebsrat und Gewerkschaftler der IG Metall, als linker Kommunalpolitiker und als Ökologe.

Quelle: aus einer Würdigung des Essener Friedensforums

Medienanalyse: Jenseits von Konsum und Kritik

Sabine Schiffer: *Medienanalyse – Ein kritisches Lehrbuch*

Westend-Verlag, ISBN 978-3-86489-157-1, €20, 300 Seiten, 1. Auflage 2021

Angesichts eskalierender Kriegspropaganda in den Medien, die sich zumeist gut versteckt hinter Forderungen nach humanitären Interventionen, Kampf für Menschenrechte und deutsche Verantwortung, ist die kritische Sicht auf Medien zwingender denn je.

Auf unser Homepage Friedensschlag.de ist deshalb auch seit langen Jahren eine Rubrik Medienkritik integriert, die mit ca. 5 bis 10 Beiträgen pro Monat nur exemplarisch das abdeckt, was täglich an friedenspolitisch kritikwürdigen Inhalten auf uns einströmt.

Leider werden die medialen Inhalte immer mehr mit Überschriften, Bildern und kurzen Videosequenzen als „Fast Food“ konsumiert. Durch die digitalen Medien wird diese Wirkung noch erheblich verstärkt. Das führt zu unreflektierten, aber politisch erwünschten Reaktionen, wie die jüngsten dramatischen Geschehnisse in Afghanistan und speziell rund um den Flughafen Kabul gezeigt haben.

Notwendige Medienkritik reicht deshalb nicht aus, um gegen blinden Medienkonsum anzugehen. Sabine Schiffer hat dazu ein „kritisches Lehrbuch“ vorgelegt, das eine Handlungsanleitung zum Umgang mit Medien darstellt.

Mit 300 Seiten ist das Buch zwar umfangreich, aber dennoch sehr kompakt, übersichtlich und leicht verständlich in der Darstellung aller Aspekte mit vier Kapiteln:

1. Theoretische Grundlagen und Vorüberlegungen
2. Praxis der Medienanalyse
3. PR-Strategien erkennen
4. Hintergrundwissen Medien

Den Ansatz des Buches beschreibt die Autorin wie folgt: *„Wie kann man ohne Sachkenntnis die Qualität von Medienbeiträgen bewerten beziehungsweise feststellen, wo man eventuell noch mal kritischer hinschauen muss? Der Zugang findet über die visuell/akustisch wahrnehmbare Oberfläche statt“.*

Im theoretischen, ersten Kapitel wird auf die menschlichen Wahrneh-

mungsmechanismen eingegangen, auf welche im zentralen, zweiten Kapitel immer wieder Bezug genommen wird.

Die im Buch aufgeführten Beispiele sind thematisch breit gestreut, auch wenn natürlich Kriegspropaganda einen zentralen Stellenwert hat.

Was als theoretische Grundlagen dargestellt wird, wird an einer Vielzahl von Beispielen anschaulich dargestellt, was besonders für die zahlreichen Methoden der Bildmanipulation gilt. Ein Beispiel aus dem Buch haben wir auf dieser Seite übernommen. Es zeigt, wie man mit Bildausschnitten lügen kann – und das sogar sehr unterschiedlich: Der linke Bildausschnitt zeigt eine Bedrohung, der rechte eine Hilfestellung.

Als vorteilhaft zum Verständnis zeigt sich, dass anhand ausgewählter Beispiele im Kapitel 2 vertiefende Analysen von Text-, Bild- und Videomaterial erfolgen. Diese sind bewusst sehr unterschiedlichen Themen entnommen, wie z.B. der Corona-Ausbruch bei der Fa. Tönnies oder das Gerichtsverfahren gegen Julian Assange.

Die weiteren Kapitel widmen sich dem notwendigen Hintergrundwissen über PR-Strategien sowie Mediensysteme, Nachrichtenwege, Nachrichtenfluss und deren redaktionelle Selektion. Gegenüber gängigen Sichtweisen einer „Lügenpresse“ oder vermeintlich gleichgeschalteten Medien ergibt sich daraus ein sehr differenziertes Bild, was sich vor allem bei den öffentlich-rechtlichen Medien zeigt.

Neben offener Kriegspropaganda finden sich dort auch nach wie vor sehr investigativ-kritische Beiträge. Allerdings werden letztere zumeist auf Sendeplätze versetzt, wo sie gegenüber den Nachrichtensendungen kaum wahrgenommen werden.

Wenn man um mediale Aufmerksamkeit kämpfen muss, wie es gerade für die Friedensbewegung von zentraler Bedeutung ist, dann erhält man auf



zahlreiche Fragen von der Autorin recht kompakte Antworten:

Welche Rolle spielen Nachrichtenagenturen und wie glaubwürdig sind diese?

Wie erfolgt die Selektion, wenn gemäß der Aussage des Chefredakteurs der „Nürnberger Nachrichten“ nur ca. drei Prozent des Nachrichteneingangs vom Vortag berücksichtigt werden?

Wie steht es mit Korrespondentenberichten, die (teilweise!) vor Ort aus aller Welt berichten?

Wie sieht eigentlich der journalistische Alltag aus und wie macht sich dort Anpassung und/oder Selbstzensur breit?

Wie erfolgen Fakten- und Qualitätsprüfungen von Nachrichtenquellen und Inhalten?

Wie steht es um die Medien- und Diskursfreiheit im Internet (Stichworte: Google, Facebook)?

Welche Modelle gibt es für einen nachhaltig unabhängigen Journalismus?

Das kurze Schlusskapitel ist überschrieben: „Von der Anleitung zur Anwendung“. Darin heißt es: *„Nun gilt es, die Analysetechniken ergebnisoffen anzuwenden. Wie mit Medienbeiträgen, so nimmt man auch mit Medienanalysen Verantwortung auf sich“.*

Wir sind in dieser Ausgabe des Friedensjournals dieser Aufforderung gefolgt und haben auf der letzten Seite eine Bildergalerie mit aktuellen Titelseiten (als visuell wahrgenommene Oberfläche) zu Afghanistan zusammen gestellt, bewusst unkommentiert.

Karl-Heinz Peil

Titelseiten der FR an folgenden Tagen von links oben bis rechts unten: 16.8., 17.8., 18.8., 21.8., 23.8., 24.8., 27.8. 28.8., 30.8.



Das Trauerspiel von Afghanistan Von Theodor Fontane *)

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,
"Wer da!" - "Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan."

Afghanistan! Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

"Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

In diesem Konflikt versuchten Briten
und Russen die koloniale Vorherrschaft
in Zentralasien zu erringen.
Quelle:
<http://www.internetloge.de/arst/afghan.htm>

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt."

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all',
Sir Robert sprach: "Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So lasst sie's hören, dass wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter blast in die Nacht hinaus!"

Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen - es kam die zweite Nacht,
Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.

"Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan."

*) Der Schriftsteller Theodor Fontane (1819 - 1898) leitete in London als Auslandskorrespondent 1855 - 1859 die im Auftrag des preussischen Ministerpräsidenten Otto Freiherr von Manteuffel erscheinende deutsch-englische Korrespondenz. Mit dieser Ballade beschreibt er 1857 den katastrophalen Ausgang des ersten der drei anglo-afghanischen Kriege (1839 - 1842).